

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 53 (1959)

Heft: 6

Artikel: Weltrundschau : erstarnte Fronten ; Der Kampf um Sizilien ; Sozialismus in der Tschechoslowakei ; Die Industrialisierung ; Lebenshaltung und Lebenssicherung ; Die geistige Revolution

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140363>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

initiative für ein verfassungsmäßiges Verbot der Atomwaffen. Er beauftragte sein Büro, die Aufklärungsarbeit im Volk fortzusetzen. Er fordert alle Kreise – ob pro, kontra oder unentschieden – auf, die Frage der atomaren Aufrüstung weiterzudiskutieren und vor allem einen Weg zu beschreiten, welcher der Schweiz, ihrer Neutralität, ihrer Verantwortung für das Rote Kreuz und ihrem Friedenswillen besser als die atomare Aufrüstung gerecht wird. Der Arbeitsausschuss dankt den Unterzeichnern für die bisherige Unterstützung und für ihre zukünftige Hilfe. Er fordert vom Bundesrat die Behandlung unserer Verbotsinitiative, bevor irgendwelche Schritte in der Frage der atomaren Aufrüstung unternommen werden. Er lehnt ganz entschieden die aus Militärkreisen vorgetragene Idee einer der Neutralität widersprechenden schweizerisch-schwedischen Zusammenarbeit für Atomwaffenproduktion ab. Er stellt erneut fest, daß bereits Durchfuhren atomaren Waffenmaterials durch schweizerisches Territorium erfolgt sind, und fordert, die Bundesbehörden möchten inskünftig solche Vorkommnisse unterbinden.

Hansjörg Braunschweig

WELTRUNDSCHE

Erstarnte Fronten Als ich am Tag der Eröffnung der Genfer Außenministerkonferenz eine lang geplante Reise in die Tschechoslowakei antrat, hatte ich gar nicht das Gefühl, etwas zu versäumen, wenn ich die diplomatischen Verhandlungen nicht aus der Nähe verfolgen könne; es werde ja, sagte ich mir, bei dem ganzen Theater doch nicht viel herauskommen. Die Erwartung hat nicht getrogen; die Konferenz hat sich einen vollen Monat nur im Kreis herumgedreht und wird im besten Fall so viel kleine Zugeständnisse der einen Seite an die andere bringen, daß die berühmte Gipfelkonferenz dieses Jahr doch noch abgehalten werden kann. Ich kann es mir darum wirklich schenken, auf den kunstvoll verschlungenen Gang der Genfer Verhandlungen hier im einzelnen zurückzukommen, und will den Hauptteil meiner Rundschau diesmal lieber einer gedrängten Darstellung meiner tschechoslowakischen Eindrücke widmen.

Daß die west-östliche Außenministerkonferenz keine Wendung zum Guten in den Beziehungen der beiden Machtlager gebracht hat, ist nur zu begreiflich. Sie war ja von der Sowjetunion mit der Absicht durchgesetzt worden, erstens die ständige, von ihr als immer unerträglicher empfundene Schädigung der DDR und des Ostens überhaupt von Westberlin her aus der Welt zu schaffen und zweitens mit Deutschland einen Friedensvertrag zustande zu bringen, der die wachsende Gefahr des neuen deutschen Nationalismus und Militarismus bannen

könnte. Die Westmächte denken aber gar nicht daran, ihre so glänzende Vorzugsstellung in der Westberliner Enklave preiszugeben oder gar auf die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik als Druckmittel gegenüber dem Osten zu verzichten, so daß für eine die Russen, Polen, Tschechoslowaken usw. irgendwie befriedigende Regelung der deutschen Frage einfach kein genügender Spielraum bleibt. Die «Politik der Stärke», an die sich der Westen immer noch klammert, wird von seiner Seite stur und starr weiterbetrieben werden, solange es überhaupt geht, und der Osten wird darauf auch fernerhin so antworten, wie er es bisher getan hat: mit Gegenrüstung, Gegendruck und gesteigerter Machtkonkurrenz.

Daß es in diesem Stil weitergehen wird, ist neuerdings durch zwei bemerkenswerte Vorgänge erhärtet worden. Einmal durch den Entschluß des westdeutschen Bundeskanzlers Adenauer, nun doch seine Kandidatur für die Präsidentschaft zurückzuziehen und in seinem «angestammten» Amt zu bleiben, wo er seinen Scharfmacherkurs gegen den Osten am wirksamsten fortsetzen kann. Darüber ist nichts mehr weiter zu sagen, als daß dieser Entschluß für Adenauer ebenso blamabel ist, wie dessen Billigung durch die regierende CDU-Partei, die mit dem «Führer» das eine Mal hüst, das andere Mal hott geht, verächtlich ist. Untertanengeist!

Der andere Vorgang, der zu denken gab, war die Art und Weise, wie im Westlager der Tod von Staatssekretär Dulles politisch nutzbar gemacht wurde – nämlich für eine erneute Kundgebung des Willens zur bedingungslosen Fortsetzung seiner Politik. Worin bestand diese Politik? Nach der sehr maßgebenden «New York Times» darin, daß Dulles «unentwegt eine Neugeburt der Freiheit unter Gott suchte – und zwar im echten Lincolnschen Sinn, wenn auch nicht in der Art Lincolns». Mit Recht erwidert die Neuyorker «Monthly Review» (Juniheft 1959) darauf: «Was für ein Schimpf für den guten Namen Lincolns! Und was für eine phantastische Verzerrung der Wirklichkeit! Es war kein Geheimnis, was Dulles schon seit Beginn seiner diplomatischen Laufbahn in den Jahren unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg wollte. Er wollte in der Wiege die sozialistische Revolution des zwanzigsten Jahrhunderts ersticken, die 1917 in Rußland begann und drei Jahrzehnte später in China einen großen Schritt nach vorwärts machte. Er wollte die alte Ordnung mit ihrer imperialistischen Herrschaft und ihrer Kolonialsklaverei wiederherstellen . . . Beide Ziele fanden schließlich ihre Verkörperung in Amerikas späterer Außenpolitik: „Befreiung“ Osteuropas, „Einigung in Freiheit“ für Deutschland, Nicht-anerkenntung des revolutionären Chinas und rückhaltlose Unterstützung für das verfaulende Regime Tschiang Kai-scheks. Wahrlich, eine Wiedergeburt der Freiheit unter Gott!»

Dulles glaubte steif und fest, daß der Kommunismus unter dem übermächtigen Druck der «freien Welt» früher oder später zusammenbrechen werde, und hielt auch an diesem Glauben fest, als sich die

kommunistisch regierten Länder des Ostens wirtschaftlich, politisch und militärisch immer mehr festigten und die Druck- und Drohpolitik der Vereinigten Staaten in Europa und Asien, im Orient und in Afrika von einem Mißerfolg zum andern führte. Gewiß war Dulles ein besonders brauchbares Werkzeug der Weltpolitik seiner Klasse, aber seine persönliche Verantwortung bleibt doch, wie auch in der «Monthly Review» hervorgehoben wird, außerordentlich groß, sogar vom Standpunkt der großkapitalistischen Oberschicht Amerikas aus, die ihre langfristigen Interessen schlecht verstand, als sie sich auf den «harten» Kurs der Truman und Acheson, der Dulles und Eisenhower einließ. Das muß der Wahrheit zulieb festgehalten werden, auch wenn man die persönliche Tragik, in die John Foster Dulles' Leben und Sterben eingetaucht ist, vollauf würdigt. Wichtigste Gelegenheiten, den Kalten Krieg zu beenden und zu Roosevelts Politik der friedlichen Zusammenarbeit mit der neuen Welt des Ostens zurückzukehren, sind durch die Mitschuld des Außenministers von Präsident Eisenhower versäumt worden; die Feindseligkeit zwischen den beiden Lagern hat sich während seiner sechsjährigen Amtszeit so verschärft, daß nach dem eigenen Geständnis von Dulles und unter seiner Mitwirkung die Welt mehr als einmal am Rand einer neuen Kriegskatastrophe stand; die Fronten sind unheilvoll erstarrt und werden sich vielleicht nur unter dem Druck von Entwicklungen lockern und lösen, die selbst wieder schwerste Gefahren in sich bergen.

Der Kampf um Sizilien Sizilien, die altberühmte große Mittelmeerinsel, ist nur ein begrenzter Nebenschauplatz der Zeitgeschichte. Der Kampf, der sich dort gegenwärtig abspielt, verdient aber wegen seiner typischen Bedeutung doch auch an dieser Stelle einmal beleuchtet zu werden. Er hat sich in den letzten Wochen und Monaten auf eine politische Auseinandersetzung der neu-gegründeten Christlichsozialen Union Siziliens und ihres Führers Milazzo mit der alten Christlich-Demokratischen Partei (die seit langem die Regierung im italienischen Mutterland stellt) zugespielt und bei den jüngsten Wahlen zum sizilianischen Landesparlament zwar die Christlichdemokraten wieder an die erste Stelle gebracht, aber doch nur so, daß die Kommunisten die zweitstärkste Partei wurden und zusammen mit den Linkssozialisten, den Neufaschisten und der Partei Milazzos eine merkwürdige Koalition bilden können, die wohl die neue Landesregierung tragen wird.

Hinter dieser politischen Neugruppierung steht, wie einem Artikel von Bruce Renton im «New Statesman» (6. Juni) zu entnehmen ist, eine doppelte Tatsache. Zunächst: Sizilien ist ein armes, verwahrlostes Land wie wenige in Europa. Das Durchschnittseinkommen des Sizilianers ist rund 720 Schweizer Franken im Jahr. Um die Arbeitslosigkeit auch nur auf den Stand des gesamtitalienischen Durchschnitts zu senken, brauchte es 600 000 neue Arbeitsplätze in Sizilien. Eine geradezu

orientalische Armut und Schmutzigkeit macht sich neben den von norditalienischen Kapitalgesellschaften erstellten neuen Fabriken und Ölraffinerien breit. «Die Männer reiten immer noch auf Maultieren zwanzig Meilen (über dreißig Kilometer) weit, um zu ihren undankbaren Äckern zu kommen; die Kindersterblichkeit ist die höchste in Europa . . . In Palermo leben 150 000 Menschen von der Hand in den Mund, von einem Tag auf den andern; eine typische Mahlzeit ist eine gesottene Artischocke und eine gesottene Kartoffel . . . Vor dem Haus von Danilo Dolci in Partinico schreien die barfüßigen Kinder in alle Winde hinaus, daß alle ihre Väter im Gefängnis sitzen.»

Auf der andern Seite führen die sizilianischen Industriellen, die geschlossen hinter Milazzo stehen, einen erbitterten Kampf gegen die «Confindustria», die monopolistische Organisation der norditalienischen Industriellen, die die italienische Wirtschaft weithin beherrscht. «Diese Monopolisten», so schreibt der englische Journalist, «möchten Sizilien auf kolonialer Grundlage industrialisieren . . . Die sizilianischen Industriellen hingegen erklären, daß der italienische Staat bei der Schaffung sizilianischer Industrien (Stahlwerke, Chemiefabriken usw.) mithelfen sollte, um den Lebensstandard des Volkes von Sizilien sofort zu heben . . . Die sizilianischen Industriellen kämpfen auch für ihre Befreiung aus den Klauen des italienischen Elektrizitätsmonopols, das für seine Kraftlieferungen phantastische Preise verlangt.»

So verbindet sich der Kampf gegen das soziale Elend mit dem Kampf gegen die kolonialistische Ausbeutung Siziliens durch das norditalienische Großkapital auf eine ganz eigenartige Weise. «Es besteht eine Vereinbarung zwischen den sizilianischen Kapitalisten und den sizilianischen Kommunisten, die der Agitation in der Industrie ein Ende gemacht hat. Der Antikommunismus ist von der sizilianischen Industriellenklasse aufgegeben worden. Der Führer der sizilianischen Kommunisten, Macaluso, erklärt, die wichtigste Aufgabe der Marxisten in Sizilien sei heute die Unterstützung der örtlichen Kapitalisten in ihrem Kampf gegen die Monopole. Ohne diese Grundlage wären die Bedingungen für die Bildung einer neuen katholischen Partei und für die Milazzoregierung selber nie herangereift. Das mag sich recht wohl als Fingerzeig für das kommende Italien erweisen.»

Sozialismus in der Tschechoslowakei Und nun also einiges von dem, was ich in der Tschechoslowakei gesehen und erlebt habe. Ich habe auf meiner Reise, die mich während zweieinhalb Wochen fast durch die ganze Republik geführt hat, immer wieder eine gewisse Genugtuung darüber empfunden, daß ich mich im Februar 1948, als die Kommunisten die Macht übernahmen, nicht zu jenen allzuvielen geschlagen habe, die auch in der Schweiz zeterten, jetzt habe sich «Dunkel» über das Land Masaryks und Beneschs herabgesenkt, und dieser «unglücklichen», ja «versklavten» Nation ich weiß nicht was für Unheil prophezeiten. Mehr als

je bin ich heute überzeugt, daß es damals für die Tschechoslowakei gar keinen anderen Weg gab als denjenigen, den sie gegangen ist. Hätte sie sich widerstandslos von den w i r k l i c h dunklen Kräften treiben lassen, die Anno 1948 am Werk waren, so stünde sie heute innenpolitisch ungefähr dort, wo jetzt Frankreich oder Italien steht, und sähe eine politisch wie sozial höchst unheilvolle kapitalistische Reaktion an der Macht; außenpolitisch aber wäre sie dem Westblock eingegliedert worden und wäre nicht nur eine Ausfallbastion im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion geworden, sondern stünde in Gefahr, aufs neue die sogenannten sudetendeutschen Gebiete an Deutschland zu verlieren, die Hitler «heim ins Reich» geholt hatte. Wie ernst diese Gefahr ist, zeigte gerade jüngst der große sudetendeutsche Truppenzusammengzug in Wien, an dem trotz der mächtigen Erstarkung der Tschechoslowakei die alten Befreiungsparolen der ehemaligen Henleinbewegung – wenn auch natürlich etwas vorsichtiger – erneut ausgegeben wurden, unter dem erbitterten Protest aller Tschechoslowaken, mit denen ich darüber gesprochen habe. Daß das tschechoslowakische Volk schon vor elf Jahren das Heraufkommen eines neuen deutschen Nationalismus und Militarismus witterte und sich mit aller Kraft dagegen anstemmte, war seine Rettung; es erklärt auch weithin die Einmütigkeit, mit der es den Umschwung hinnahm und sich, statt an die Westmächte, an die Sowjetunion anlehnte. Bisher hatte es diesen Entschluß nicht zu bereuen.

Anderseits gab das tschechoslowakische Volk damals den Weg frei für den Aufbau einer s o z i a l i s t i c h e n W i r t s c h a f t u n d G e s e l l s c h a f t . Daß dieser Aufbau unter kommunistischer Führung erfolgen sollte, war freilich für viele Tschechoslowaken eine schwere Belastung. Aber war denn etwas anderes zu erwarten? Wo waren denn die Kräfte, die einen freiheitlichen, aber radikalen Sozialismus auch nur gewollt hätten? Sie waren im Ernst nirgends zu finden – wohl aber Kräfte, die zurück zu einem «radikaleren» Kapitalismus, zur offenen Gegenrevolution hinstrebten. Es ist einfach nicht zu leugnen, daß damals die kommunistische Bewegung die einzige organisierte Widerstandskraft im Kampf gegen die Reaktion war und daß sie allein wußte, was sie wollte, während die fortschrittlichen Kräfte im Bürgertum wie der Großteil der Sozialdemokraten lahm und unklar waren. Ein nichtkommunistischer, aber zum neuen Regime durchaus positiv eingestellter christlicher Tschechoslowake, der im Leben seiner Nation eine bedeutsame Rolle spielt, führte im Gespräch mit mir eine Äußerung Jan Masaryks, des letzten Außenministers der ersten Republik, an, der sechs Wochen vor seinem tragischen Tod bekannte, die Kommunisten hätten viele gute Ideen, und sie arbeiteten zielsicher und fleißig für deren Verwirklichung; «wir aber», sagte er wörtlich, «sind faul.» Jan Masaryk selber, der ein Skeptiker war und sich der westlichen Welt z u eng verbunden fühlte, hatte nicht die Kraft, sich tätig dem Neuen zu öffnen, das da kommen sollte, obwohl er seine Notwendigkeit einsah. An diesem Widerspruch ist er zugrunde gegangen. Zdenek

Fierlinger und mit ihm der Großteil der tschechoslowakischen Sozialdemokraten hatte die Kraft wie die Einsicht und trug damit ganz wesentlich zur Rettung der Lage bei. Er wird darum noch heute als «Quisling» und «Verräter» beschimpft, wie alle, die seinen Weg gingen. In Wahrheit hätte die Ablehnung des neuen Regimes damals die Ablehnung der sozialen Umwälzung überhaupt und den Triumph der Gegenrevolution bedeutet.

Die Industrialisierung

Die soziale Revolution in der Tschechoslowakei stellte sich – wie sie es überall in der Welt tut – zwei Hauptziele: die Überwindung von Armut, Not und Unwissenheit, die Hebung des Lebensniveaus des ganzen Volkes, besonders die «Menschwerdung» der besitzlosen Masse der Lohnarbeiter und Angestellten, durch planmäßige Industrialisierung und Rationalisierung der Wirtschaft, und anderseits die Schaffung einer klassenfreien Gesellschaft, in der möglichst große Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit herrschen solle. Im Vordergrund stand und steht zunächst natürlich die erste Aufgabe. Wie weit ist sie in den elf Jahren, die seit dem Umschwung verflossen sind, erfüllt worden?

In erstaunlich hohem Maße, muß ich antworten. Es ist in der Tat einer der stärksten Eindrücke, die man heute aus der Tschechoslowakei mitnehmen kann, daß die Industrialisierung und Modernisierung des Landes mächtig voranschreitet. Wohin man sieht und kommt: überall schießen neue industrielle und gewerbliche Betriebe wie Pilze aus dem Boden; Staudämme und Kraftwerke werden nach großzügigem Plan errichtet; Volkswohnungen werden gebaut; die Bahnen werden rasch elektrifiziert; das Straßennetz wird verbessert und erweitert. Man gehe etwa nach Ostrawa (Mährisch-Ostrau), ins Zentrum der tschechoslowakischen Kohlen- und Schwerindustrie (das freilich in neuen «Kombinatsstädten» wie Gottwaldov seine «Rivalen» bekommen hat), um einen Begriff von dem riesigen Ausmaß und den Fortschritten der tschechoslowakischen Industrialisierung zu gewinnen. Die «Neue Hütte Clemens Gottwald» in Ostrawa mit ihren Hochöfen, Walzwerken, Gießereien usw., die ich besuchte, ist beispielsweise in nur sechs Jahren auf seinen heutigen Stand gebracht worden. Sie beschäftigt schon jetzt über 12 000 Arbeiter und Angestellte und umfaßt ein Areal von neun Quadratkilometern mit 60 Kilometern Straßen und 100 Kilometern Eisenbahnen, ist aber erst der drittgrößte Betrieb in Ostrawa.

Am sichtbarsten ist die Industrialisierung und allgemeine Modernisierung wohl in der Slowakei, die früher ein typisch unterentwickeltes Land, eines der klassischen Auswanderungsgebiete war, heute jedoch in voller Erschließung und Aufwärtsentwicklung begriffen ist. Im Raum von Košice (Kaschau) wird ein Hüttenwerk entstehen, das bei vollem Ausbau vier Millionen Tonnen Roheisen produzieren soll, doppelt so viel wie jetzt die Clemens-Gottwald-Hütte.

In der ganzen Tschechoslowakei stand der Index der industriellen Produktion, wenn man 1948 mit 100 ansetzt, schon 1957 auf 270, und er ist seither weiter gestiegen. Im Jahr 1965 soll die Industrialisierung sechsmal höher sein als 1937, unter der ersten Republik, in der Slowakei allein etwa dreizehnmal höher als damals. 1948, als das neue Regime begann, waren 1 508 000 Menschen in der Industrie beschäftigt, 1957 bereits 2 050 000 Menschen.

Imponierend ist auch der Ausbau der Kraftwerke und Stauanlagen. Ich habe deren eine Reihe angesehen, besonders an der Moldau und Elbe; wenn der Entwicklungsplan einmal voll durchgeführt ist, wird ein ganzes System von Talsperren vom Oberlauf der Moldau bis zur ostdeutschen Grenze (in der Nähe der Sächsischen Schweiz) bestehen, das die beiden Flüsse bis weit hinauf schiffbar machen, den Wasserstand regulieren und Elektrizität in Menge liefern wird. Zwischen 1948 und 1957 ist die Erzeugung elektrischer Kraft von 7515 Millionen auf 17 720 Millionen Kilowattstunden gestiegen, und 1965 sollen ungefähr 38 Milliarden Kilowatt erreicht sein, über zwölfmal mehr als 1930.

Ein Sorgenkind der Tschechoslowakischen Republik (CSR) ist immer noch die Landwirtschaft. Wie überall, sträubte sich der konservative Sinn der Bauern auch hier zuerst gegen Neuerungen, gegen Rationalisierung und Modernisierung. Aber das Mißtrauen schwindet doch mehr und mehr, so daß heute die starke Mehrzahl der Bauern in voll kollektivierten Produktivgenossenschaften vereinigt ist, die den Landwirtschaftsbetrieb immer rationeller zu gestalten vermögen. Ein Drittel der Bauern verharrt noch im Einzelbetrieb, wird aber vom Staat weitgehend mit Saatgut, Kunstdünger, Maschinen usw. versorgt. Wie großzügig und planvoll die tschechoslowakische Landwirtschaftspolitik arbeitet, konnte ich auf einem staatlichen Großgut von 800 Hektaren Bodenfläche beobachten, das als wissenschaftliche Forschungs- und Versuchsanstalt für Viehzucht eingerichtet ist und die erstaunlichsten Methoden zur Verbesserung beispielsweise der Schweinezucht entwickelt hat. All die so erarbeiteten neuen Methoden in Viehzucht, Ackerbau, Obst-, Gemüse und Weinbau usw. werden systematisch in die Genossenschaften hinausgetragen und sollen die landwirtschaftliche Produktion alljährlich um mehr als 4 Prozent steigern, so daß sie im Jahr 1965 um beinahe 40 Prozent höher sein soll als 1957. Der Besuch einer Gemüsebaugenossenschaft in der Nähe von Bratislava (Preßburg), die einen vorbildlichen Stand aufweist, lehrte mich, was für Erträge erzielt werden können, wenn rationeller Betrieb mit persönlichem Fleiß und Können vereinigt sind. Nebenbei: Da auch die Frauen der Genossenschafter zum Teil mitarbeiten, ist ein Kindergarten eingerichtet worden, mit einer staatlich angestellten Lehrerin, die die Kleinen tagsüber trefflich betreut. Im gemeinsamen Speisesaal können die Leute um den Spottpreis von etwa 3 Kronen (kaum einem Schweizer Franken) gut zu Mittag essen. Ihr Verdienst – 2000 Kronen und mehr im Monat – erlaubt ihnen eine recht gehobene Existenz.

Lebenshaltung und Lebenssicherung

Ähnlich steht es bei Arbeitern und Angestellten in Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr, Verwaltung usw.

Unter 1500 Kronen monatlich dürften nur verhältnismäßig wenige verdienen; die meisten, über die ich mich erkundigt habe, verdienen mehr. So beträgt im Hüttenwerk Gottwald in Ostrava der Durchschnittslohn etwa 1900 Kronen; ein tüchtiger Hochofenarbeiter, den ich befragte, gab 2200 Kronen an und versicherte, andere brächten es auf mehr. In der benachbarten Arbeiterstadt Poruba sprach ich mit einem Bergwerksarbeiter (nicht unter Tag arbeitend), der 2000 Kronen bezieht; ein Nachbar verdient über 2000 Kronen. Und so fort. Die wöchentliche Arbeitszeit ist auf höchstens 46 Stunden beschränkt. Die Ferien betragen, bei voller Bezahlung, in den ersten fünf Arbeitsjahren zwei Wochen, dann drei bis fünf Wochen. Die Bahnfahrt in einen Erholungsort kostet nur die Hälfte des normalen Tarifes; für Unterkunft und Verpflegung bezahlt man ganze 10 Kronen täglich. Um einen Begriff von der Kaufkraft der Löhne zu geben, sei erwähnt, daß zum Beispiel ein Liter Milch 2 Kronen kostet, ein Männerhemd mittlerer Güte etwa 50 Kronen, ein paar gute Männerschuhe 100 bis 150 Kronen, ein Päckchen Zigaretten (20 Stück) 4,40 Kronen.

Bei all dem ist aber dreierlei sehr zu beachten. Erstens: Etwa 40 Prozent der Frauen sind erwerbstätig; entsprechend erhöht sich der Stand der Lebenshaltung einer Familie. Zweitens: Eine Reihe von Ausgaben, die bei uns sehr «ins Geld laufen», sind in der CSR sehr niedrig, so für Ferien (wie soeben bemerkt), für Steuern (ein Prozent vom Lohn), für Theater, Konzerte, Kino und besonders für Wohnungsmiete. Die beiden vorhin genannten Arbeiter in Poruba zum Beispiel bezahlen für ihre modern ausgestattete Wohnung (Zentralheizung, Boiler usw.), bestehend aus zwei Zimmern mit Wohnküche, der eine 114 Kronen, der andere (in einer ganz neuen Siedlung) 154 Kronen monatlich, das sind 6 bis 7 Prozent des Lohnes. Die Wohnungsnot ist auch in der Tschechoslowakei groß, aber es wird auch sehr viel gebaut. In den nächsten acht Jahren soll die Bevölkerung 629 000 neue Wohnungen bekommen. Schon jetzt gibt es ganze neue Arbeiterstädte.

Drittens aber sind alle Gesundheitsdienste und Versicherungsleistungen völlig beitrags- und kostenfrei, so wie auch der Unterricht auf allen Stufen kostenlos ist (die Hochschulstudenten bekommen sehr weitgehende Stipendien, die ihnen den Lebensunterhalt sichern). Das ist natürlich besonders wichtig, wenn man an die oft horrenden Ausgaben denkt, die bei uns für diese Dienste und Leistungen nötig sind. «Sozialversicherung», «Krankenversicherung» und dergleichen sind eigentlich irreführende Ausdrücke; es handelt sich tatsächlich um beitragsfreie Leistungen des Staates an die Bezugsberechtigten, das heißt an alle Arbeiter und Angestellten, Mitglieder landwirtschaftlicher Produktivgenossenschaften, Hochschüler, Schriftsteller, Künstler und Rentner mit ihren Familienangehörigen. Sie

alle haben Anspruch auf kostenfreie Heilfürsorge, auf ärztliche und fachärztliche Behandlung, auf Operationen, auf Spitalpflege, Sanatoriums- und Erholungsaufenthalt, Zahnbehandlung, Arzneien, Prothesen usw. Für Mütter ist vor und nach der Niederkunft großzügig gesorgt, ebenso für die Kinder aller Altersstufen. Besonderer Wert wird auf vorbeugenden Gesundheitsschutz gelegt (regelmäßige Untersuchungen usw.), so daß der Gesundheitszustand der ganzen Bevölkerung sich zusehends hebt, zahlreiche Krankheiten im Erlöschen begriffen sind, die Sterblichkeit sinkt und die Lebensdauer zunimmt. Seit Kriegsende hat sich die Zahl der Ärzte fast verdoppelt, und die Zahl der Polikliniken, Beratungsstellen, Krankenhäuser, Heilstätten und Erholungsheime wächst beständig. Ich habe eine Reihe von Bezirks- und Betriebspolikliniken, Sanatorien, Erholungsstätten und dergleichen besucht, habe mich in den westböhmischen Badeorten und im großen Kurgebiet der Hohen Tatra umgesehen und konnte überall nur mein Erstaunen ausdrücken über die bis ins kleinste gehende gewissenhafte Fürsorge für Leben und Gesundheit des Volkes, über die Modernität der Einrichtungen, über die reichen Mittel, die der Staat dafür zur Verfügung stellt. Wie beneidete ich die Tschechoslowakei um die soziale Großtat, die diese Ordnung der Gesundheitsdienste darstellt! Wie weit sind wir in der Schweiz noch von solcher Volkssolidarität entfernt!

Ähnliches gilt von der Altersfürsorge. Alle Bürger der Tschechoslowakei beziehen Altersrenten, die Arbeiter und Angestellten wie die Bauern (ob in Genossenschaften organisiert oder selbstständig) und die Angehörigen freier Berufe und sonstigen Selbständigerwerbenden, samt ihren Familienangehörigen. Die Altersrente wird nach 20jähriger Beschäftigung den Männern nach Erreichung des 60., den Frauen, Bergarbeitern, Fliegern usw. nach Erreichung des 55. Lebensjahres ausbezahlt. Sie beträgt 55 bis 80 Prozent des früheren Durchschnittsverdienstes, im Jahr 1957 im Mittel 790 Kronen monatlich. Die Witwen- und Waisenrenten sind weitherzig geordnet. Daß die Sicherstellung bei Unfällen und Invalidität mit der Kranken- und Altersversicherung zweckmäßig verbunden ist, versteht sich von selbst. Welche Wohltat, alles in allem, diese Verwirklichung der sozialen Sicherheit für das Volk der Tschechoslowakei bedeutet, ist kaum zu ermessen. Vor Krankheit, Arbeitsunfähigkeit und Alter hat heute in der Tschechoslowakischen Republik niemand mehr Angst – wenigstens nicht aus wirtschaftlichen Gründen.

Die geistige Revolution Die Sozialisierung ist in der Tschechoslowakei sehr weit getrieben. Sie erfaßt nicht nur die Groß- und Schwerindustrie, die Banken, den Groß- und Außenhandel in Form der Verstaatlichung, sondern auch die Mittel- und Kleinindustrien, die, ebenso wie weithin das Handwerk und der Kleinhandel, genossenschaftlich organisiert sind oder als Gemeindeunternehmungen betrieben werden, also kommunalisiert sind. Ähnlich

ist die Landwirtschaft teils nationalisiert – in Form von Staatsgütern – und teils vergenossenschaftlicht mit gemeinsamem Besitz und Betrieb; wie lange sich der Privatbesitz und -betrieb noch wird halten können, bleibt abzuwarten.

Daß dieses Regime den Volkswohlstand schon jetzt bedeutend gehoben hat und ihn weiter heben wird, sofern der Frieden erhalten bleibt, daran habe ich keinerlei Zweifel – bei allen Schäden und Gefahren, welche eine z w a n g s w e i s e vorgenommene Sozialisierung mit sich bringt, mindestens in der ersten Zeit. Sicher ist auch, daß das neue Regime die Volksbildung mächtig fördert und erweitert wie vertieft und daß das Unterrichtswesen gegenüber der ersten Republik entscheidende Fortschritte gemacht hat, nicht zuletzt auf der Hochschulstufe, kamen doch in der CSR im Jahr 1957/58 auf 100 000 Einwohner rund 560 Studenten, in der Schweiz nur 238. Auch die Kunstpfllege steht auf hoher Stufe; das musikalische Leben zum Beispiel ist in den großen Städten, soviel ich beobachten konnte, allermindestens so rege wie irgendwo im Westen, und in Prag gibt es nicht weniger als 14 größere Theater, in Brünn auch deren acht. Von einem «zivilisatorischen Rückgang» in der Tschechoslowakei zu sprechen ist unter diesen Umständen einfach lächerlich.

Aber ich habe auf diesem ganzen Gebiet nur Stichproben machen können und möchte darum hier nicht weiter darauf eintreten. Hingegen sei gefragt, ob und wieweit es unter dem neuen Regime möglich war, der Erreichung der sittlichen Ziele des Sozialismus – die für uns von seiner materiellen Seite untrennbar sind – näher zu kommen: der gesellschaftlichen Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit. Wir stoßen hier natürlich sofort auf das Problem der Diktatur. Die Tschechoslowakische Republik ist ein Diktaturstaat, und ihre Träger und Anhänger denken nicht daran, es zu bestreiten. Das heißt freilich nicht, daß sich die Bevölkerung terrorisiert fühle oder sich nur «in ängstlichem Flüsterton» zu unterhalten wage, wie dies ein Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» in Prag festgestellt haben will. Alle Zeichen sprechen vielmehr dafür, daß die übergroße Mehrheit des tschechoslowakischen Volkes, wie im Jahr 1948, so auch heute fest hinter dem neuen Regime steht und bei aller Kritik, die an Einzelheiten geübt werden mag, keine Rückkehr zu dem alten Zustand oder zu irgendeiner Form der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie ersehnt. Aber die Tatsache bleibt dennoch bestehen, daß in der heutigen Tschechoslowakei kein grundsätzlicher, organisierter Widerstand gegen das sozialistisch-kommunistische Regiment geduldet wird und daß infolgedessen die in der Verfassung «verbürgte» Freiheit der Meinungsäußerung, der Vereinigung, der persönlichen Rechte ihre festen Schranken an der herrschenden Ordnung findet. Die übliche Begründung dafür ist, wie man weiß, die Notwendigkeit, den Aufbau der sozialistischen Ordnung so stark zu sichern, daß er weder von innen

her ernstlich gestört noch vom feindlichen Ausland her erschüttert oder zerstört werden kann – ungefähr die gleiche Begründung also, die auch die bürgerlichen Revolutionen durch Jahrhunderte hindurch für i h r e Diktaturmaßnahmen angeführt haben.

Darin steckt gewiß ein gutes Stück Wahrheit, das ich nach Lage der Dinge und im Blick auf die ganze Denkweise und Lebensart der Revolutionäre durchaus anerkennen muß. Und doch halte ich dafür, daß eine wesentliche *Locke rung* der Diktatur auch in der Tschechoslowakei nicht nur nötig, sondern auch möglich ist – wie etwa in Polen, wo seit 1956 eine bedeutende Erweiterung der Informations- und Diskussionsfreiheit stattgefunden hat, ohne daß damit dem sozialistischen Aufbau dauernder Schaden zugefügt worden wäre, ja zum großen Nutzen der neuen Ordnung, die ohne fortschreitende Liberalisierung nicht lebensfähig sein wird. In der Aufrechterhaltung des Diktaturapparates, die nur zu leicht Selbstzweck wird, liegt, so wie ich es ansehe, die größte Gefahr für das sozialistische Regime in den osteuropäischen Ländern ganz allgemein und im besonderen auch in der Tschechoslowakei. Die Gefahr wird freilich gemildert durch die frei ausgeübte Möglichkeit, ausländische Radiosendungen abzuhören, durch den Bezug westlicher Zeitungen und Zeitschriften, den sich eine geistige Oberschicht zunutze macht, durch den ungeheuren Lesehunger weiter Volkskreise, der durch glänzend ausgestattete und westliche Literatur in großem Umfang führende Buchhandlungen und Leihbibliotheken gestillt wird, wie sie bis in die kleinen Landstädtchen hinein zu finden sind. Auch hat sich nicht nur in der Slowakei, die staatlich eine gewisse Sonderstellung einnimmt, sondern auch in den tschechischen Gemeinden, Bezirken und Kreisen in Form der sogenannten Nationalausschüsse doch eine nicht zu verachtende *Selbstverwaltung* entwickelt, so wie auch die Wahlen zu den örtlichen, regionalen und nationalen Volksvertretungen, obwohl zuletzt nur ein Bestätigungsakt, erst nach langer, oft stark umstrittener Kandidatauswahl innerhalb der politischen, beruflichen und sonstigen Bevölkerungsgruppierungen vor sich gehen können. Aber das Ziel muß trotzdem unverrückt festgehalten werden, die soziale Demokratie durch eine ihr entsprechende politische Demokratie zur Volldemokratie zu machen und ihr erst dadurch die dauerhafte Grundlage und Kraft zu geben.

Das ist das eine. Das andere ist, daß die sozialistische Ordnung, um fruchtbar und lebendig zu bleiben oder zu werden, überhaupt der *geistigen und sittlichen Kräfte* bedarf, die tatsächlich hinter ihren revolutionären Lösungen und Forderungen stehen. Ich habe mich in der Tschechoslowakei tief gefreut, daß ich sehen und fühlen durfte, wie hier wirklich eine neue, höhere Lebensform im Werden ist, wie die Klassenschranken mit all ihrer verderblichen, den Menschen erniedrigenden Wirkungen mehr und mehr fallen, wie der Profit-

und Ausbeutungsgeist schwindet, wie eine Gesellschaft von Gleichen heranwächst, wie die Frau zunehmend innere Sicherheit und Freiheit gewinnt, wie die Jugend zum Einstehen für bessere Ideale erzogen wird, als die kapitalistische Welt sie kennt. Aber ich habe auch den verhängnisvollen Widerspruch empfunden, der darin liegt, daß die kommunistische Staatspartei mit ihrem betonten Atheismus und philosophischen Materialismus eine Lebensanschauung predigt, die der Verwirklichung des tiefsten Sinnes allen Sozialismus völlig zuwiderläuft. Die auf dem Boden des Sozialismus stehenden Christen haben unter diesen Umständen auch in der Tschechoslowakei einen schweren Stand. Sie bemühen sich aber nur um so mehr, von ihrem Glauben aus ihre Treue zu einem entschlossenen und echt revolutionären Sozialismus zu beweisen, statt in verbitterter Unfruchtbarkeit eine negative Opposition zu einem Regime zu betreiben, das nur darum möglich, ja notwendig wurde, weil die Christenheit vor der sozialen Frage so traurig versagt hat.

In der Hussitenbewegung des 15. Jahrhunderts hat die sozial-revolutionäre Kraft der christlichen Wahrheit einen ersten mächtigen Ausdruck von größter geschichtlicher Bedeutung gefunden, und ich bin in Tabor ergriffen vor den Zeugnissen dieser Bewegung gestanden, die hier einen ihrer denkwürdigsten Brenn- und Höhepunkte gehabt hat. Nicht nur das tschechische Land, sondern halb Europa wurde ja damals von ihr erfaßt, und die Kreuzfahrerheere, die Kaiser und Papst immer wieder gegen sie aufboten, konnten die Gegenreformation und Gegenrevolution erst zum Sieg führen, als innere Unentschlossenheit und utopische Überspanntheit ihre Elementarkraft zu lähmen und zu zersplittern begonnen hatten. Als geistiger, politischer und sozialer Gärungsstoff wirkte aber das Hussitentum durch die ganze tschechische Geschichte hindurch weiter, und es war nicht zuletzt sein Einfluß, der die Autorität der katholischen Kirche derart schwächte, daß sie – abgesehen vielleicht von der Slowakei – bis zum heutigen Tag keine ernsthafte Gefahr für die freiheitliche und sozialistische Bewegung der CSR werden konnte. Möge der Geist des Hussitentums aufs neue in der Tschechoslowakei lebendig durchbrechen und ihr – frei von dem Gewaltglauben, der damals sein tragisches Schicksal besiegelte – die sittlichen Kräfte zuführen, deren sie für die Dauerhaftigkeit ihres großen Aufbauwerkes so dringend bedarf!

12. Juni.

Hugo Kramer

*

In Prag ist, wie wir vernehmen mußten, Anfang Mai Professor Dr. *Fritz Linhart* nach langem Leiden verschieden. Die «Neuen Wege» und ihre Sache haben in ihm einen treuen, hellsichtigen Freund verloren. Wir hoffen, im nächsten Heft einen Nachruf auf ihn bringen zu können.